

Demokratie – das sind wir alle. Sind wir das noch?

Wie wir das Grundgesetz mit Leben füllen können

Am 27. und 28. November 2018 fand die Fachtagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) zur Vorbereitung und Eröffnung des AdB-Jahresthemas 2019 „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“ im Bildungshaus Zeppelin & Steinberg e. V. in Goslar statt. Der folgende Beitrag beruht auf dem Vortrag, den die Autorin während der Tagung gehalten hat. von Ellen Ueberschär

Sie kennen den berühmten Sketch von *Loriot*, „Herren im Bad“, in dem ein Großindustrieller namens *Müller-Lüdenscheid* einem Akademiker, *Dr. Kloebner*, in einer Hotel-Badewanne begegnet:

Müller-Lüdenscheid: „Herr Doktor Kloebner? Hören Sie? Wenn Sie nicht sofort auftauchen, verlasse ich die Wanne. Die Luft anhalten kann jeder.“

Kloebner: „Was sagen Sie nun?“

Müller-Lüdenscheid: „Sie langweilen mich.“

Kloebner: „Aber ich kann länger als Sie.“

Müller-Lüdenscheid: „Es gibt Wichtigeres im Leben.“

Kloebner: „Was denn?“

Müller-Lüdenscheid: „Ehrlichkeit, Toleranz ...“

Kloebner: „Ja ...“

Müller-Lüdenscheid: „Mut, Anstand ...“

Kloebner: „Ja ... Ja ...“

Müller-Lüdenscheid: „Hilfsbereitschaft ...“

Kloebner: „Ja ...“

Müller-Lüdenscheid: „Tüchtigkeit, Zähigkeit ...“

Kloebner: „Ja ...“

Müller-Lüdenscheid: „Sauberkeit ...“

Kloebner: „Aber ich kann länger als Sie.“

Dieser Sketch ist sicher der deutscheste aller *Loriot*'schen Sketche, der wie kein anderer etwas einfängt, woran es in der momentanen innenpolitischen Situation offenbar zu mangeln scheint, was aber in Wahrheit eine der Voraussetzungen ist, dem Grundgesetz Leben einzuhauchen: das alltägliche Einüben von Werten, die ein friedliches Zusammenleben von Unternehmern und Wissenschaftlern, wie hier in der Badewanne, aber auch von Zuwanderern und Einheimischen, von Älteren und Jungen erst möglich machen.

Loriot's Sketch freilich weist auf eine andere historische Situation hin: Mit der absurd-komischen Szene in der Badewanne gab *Loriot* 1978 den deutschen Zeitgenoss*innen mit einem großen Augenzwinkern zu verstehen, dass sie sich endlich aus ihren deutschen Verspanntheiten, moralischen und politischen, lösen können. Die Demokratie ist stabil, die Gespenster der Vergangenheit, in der die Würde des Menschen nicht nur angetastet, sondern auf historisch beispiellose Weise verletzt und in den Abgrund einer unvorstellbaren Tötungsmaschinerie gezogen wurde – diese Gespenster der Vergangenheit dürfen das Miteinander in der demokratischen Badewanne nicht beeinträchtigen, ja mehr noch: Zum Leben in der Demokratie gehört nicht nur

die pflichtschuldig-triumphierende, weil moralisch auf der richtigen Seite stehende Auflistung von Grundtugenden des Zusammenlebens, vielmehr braucht es auch Humor, es braucht Lebensfreude, der es bisweilen wichtiger ist, den sportlichen Tauchwettbewerb zu gewinnen als in jeder Sekunde tugendhaftes Verhalten an den Tag zu legen.

So lustig der Sketch bis heute ist, so weit scheint er von unserer Situation am Jahresende 2018 entfernt zu sein, in der wir unseren liberalen Verfassungsstaat vor einer seiner größten Bewährungsproben seit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands sehen.

Demokratie in der Krise

Die Demokratie – das sind wir alle. Diese Aussage klingt zu *Loriots* Zeiten wie ein Satz von *Müller-Lüdenscheid* – irgendwie zeitlos richtig, wenig aufregend. Heute ist er nicht nur aktuell, sondern an- und aufregend, denn wir erleben die Demokratie in einer Krise, die sich in mindestens vier Dimensionen zeigt:

... in einem weit verbreiteten Unsicherheitsgefühl

Die Krise der Demokratie hat eine wesentliche Ursache in einem Unsicherheitsgefühl, das sich in wachsenden Teilen der Bevölkerung zu Pessimismus verdichtet und sich aus einer vielfachen Problemwahrnehmung speist: Bürger*innen resignieren angesichts des jahrelang erlebten Abbaus von öffentlichen Infrastrukturen, z. B. im öffentlichen Dienst bei Polizei, Behörden, in Krankenhäusern und sie machen täglich frustrierende Erfahrungen mit mangelnden Investitionen in Verkehrswege, in Schulen, in Pflegeeinrichtungen und öffentliche Gebäude. Soziale Herausforderungen wie eine gute Pflege oder bezahlbarer Wohnraum werden zu zögerlich oder zu spät angegangen.

Der Strukturwandel, hervorgerufen durch die globalisierte Ökonomie, der Arbeitsplatzverluste oder Verminderung der Lohneinkommen zur Folge hat, wird nicht oder nur unzureichend gesteuert.

Auf die großen Krisen – die Klimakatastrophe oder das Artensterben – finden die Regierungen keine adäquaten Antworten, während die Zeit davonläuft.

All diese Problemwahrnehmungen verdichten sich zu der Erfahrung eines Leistungsversagens des Staates, die verunsichernd wirkt.

... in den Globalisierungserfahrungen

Die Erfahrungen, die mit Globalisierung und Europäisierung einhergehen, erleben viele Menschen nicht nur in Deutschland als einen Kontrollverlust des demokratischen

Staates, der sich in der Öffnung der Grenzen manifestiert. Dabei sind Grenzen nicht nur in territorialer Dimension zu verstehen, sondern symbolisieren den Staat als Schutzgehäuse, der seinen Angehörigen Schutz durch Ordnung, als Wohlfahrtsstaat soziale Sicherheit und als demokratischer

Die Erfahrungen, die mit Globalisierung und Europäisierung einhergehen, erleben viele Menschen nicht nur in Deutschland als einen Kontrollverlust des demokratischen Staates, der sich in der Öffnung der Grenzen manifestiert.

Verfassungsstaat Freiheit und politische Selbstbestimmung garantiert. Die Europäische Union kompensiert das enttäuschte Sicherheitsversprechen nicht, sondern wird noch als weiterer Krisenfaktor wahrgenommen.

... in der Wahrnehmung einer Repräsentationslücke

Einige Teile der Wählerschaft haben sich mit ihren Anliegen in der Politik nicht mehr gehört und vertreten gefühlt, was zu einem wachsenden Legitimationsverlust der Demokratie geführt hat. Hier verfangen populistische Thesen, in denen das „wahre“ Volk einer abgehobenen Elite entgegensteht, die niemanden anderes als sich selbst repräsentiert.

... im Erstarken neuer und alter Feinde der Demokratie

Die Unsicherheit in der Bürgerschaft wird von den Feinden der Demokratie von innen wie von außen gezielt geschürt: Rationalität und die Ausrichtung an Wahrheit werden explizit in Frage gestellt durch Desinformation und bewusste Falschmeldungen. Der weite Raum digitaler Kommunikation wird zielgerichtet genutzt, um demokratische Willens- und Entscheidungsbildung zu manipulieren. Dies geschieht durch Akteure von außen, angeführt von Putins Trollfabriken und seinem Staatsfunk „Russia Today“ als Mittel der Verunsicherung weiter Teile der europäischen Bevölkerung, aber auch durch Akteure von innen, die mit Verschwörungstheorien und gewissenlosem Populismus eigene Echokammern etablieren, die die →

Bürger*innen von der Demokratie entfremden und vor allem wegführen von dem basalen Satz: Die Demokratie – das sind wir alle.

Was heißt das nun für die politische Bildung, zumal in strukturschwachen Regionen? In Berlin-Mitte, wo ich tagtäglich arbeite, ist diese Krise allenfalls am Schreibtisch nachzulesen. In der Realität ist das Haus der *Heinrich-Böll-Stiftung* in Berlin mit fast täglichen Veranstaltungen zu unseren Themen Demokratie, Menschenrechte, Klimaschutz, Kultur und internationale Beziehungen bestens gefüllt. Sensible Demokrat*innen, die keinen verunsicherten Eindruck machen, informieren sich, diskutieren miteinander und profitieren vom Angebot politischer Bildung.

Zugleich befindet sich unser Bildungshaus im alten Ost-Berlin, was den Blick auf die Region Ostdeutschland schärft, denn seit den rechtsextremen Ausschreitungen in sächsischen Kleinstädten wie Freital, Meißen, Heidenau und jüngst Chemnitz, ist der Eindruck entstanden, die politische Bildung habe um den Osten und insbesondere um Sachsen bisher einen Bogen gemacht und nun sei dort die Situation besonders dramatisch. Wahlerfolge für rechtsautoritäre und rechtspopulistische Parteien und hohe Zustimmungsraten für ähnliche Gruppierungen, Gewalt gegen Migranten, organisierter Rechtsextremismus seien auf eine mangelnde Wirksamkeit oder gar auf die Abwesenheit politischer Bildungsarbeit zurückzuführen.

Die Gleichsetzung von Strukturschwäche und dem Territorium der seit fast 30 Jahren nicht mehr existenten DDR greift aber zu kurz: Nicht jede strukturschwache Region liegt im Osten und nicht jede Region im Osten Deutschlands ist strukturschwach.

Wenn es um politische Bildungsarbeit geht, dann muss es um die ländlichen, kleinstädtischen Räume gehen, in denen die akademisch gebildeten und künstlerisch kreativen Milieus nicht in der Mehrheit, jedenfalls nicht prägend für die demokratische Kultur sind.

Es geht um Räume, in denen Bürgermeister*innen – mancherorts ehrenamtlich – sich täglich mühen, die Infrastrukturen im Ort aufrechtzuerhalten, kulturelle Räume zu schaffen und dem Strukturwandel mit den vorhandenen Mitteln verträglich zu gestalten. Es geht um Gegenden, in denen Menschen so reden, „wie ihnen der Schnabel gewachsen ist“, wo man sich irgendwie umeinander kümmert und beklagt, dass früher alles besser war. Und natürlich – und hier fängt das Thema der politischen Bildungsarbeit an – geht es auch um Regionen, in denen rechte Ideologen die Meinungsführerschaft im Ort errun-

gen, das politische Mikroklima vergiftet und – für welches politische Thema auch immer – stets eine einzige Antwort parat haben: Die Migranten sind schuld.

Nachweislich besteht ein Zusammenhang zwischen einem in Richtung rechtspopulistische oder rechtsautoritäre Parteien tendierenden Wahlverhalten einerseits und wirtschaftlicher Strukturschwäche, starker Abwanderung und hoher Arbeitslosenquote andererseits. Das heißt aber nicht, dass dieser Zusammenhang zwangsläufig ist: Arbeitslosigkeit oder das Gefühl wirtschaftlicher Benachteiligung sind kein Grund für ein bestimmtes Wahlverhalten. Gleichwohl fördert das Erleben einer schwachen Leistung des Staates in der Bildung (die Schulen sind weit entfernt), in der Infrastruktur (es fährt der Schulbus und wenn der nicht fährt, findet ÖPNV nicht statt), in der Kultur (an The-

Im besten Fall ergänzen sich demokratische Institutionen vor Ort und eine lebendige Zivilgesellschaft mit Bürgerinitiativen, Vereinen und Kirchgemeinden. Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen stellt sich über glaubwürdige, engagierte Personen her.

atern und kulturellen Einrichtungen wird gespart) nicht das Vertrauen in die Demokratie, sondern ganz im Gegenteil – die Strukturschwäche öffentlicher Institutionen lässt das Vertrauen in die Demokratie und ihre Repräsentanten erodieren.

Zur wirtschaftlichen Strukturschwäche tritt das Gefühl des geokulturellen Abgehängtseins – da existiert eine globale Bildungselite, zu der man nicht gehört und die offensichtlich den Mühen der Ebene entfliehen kann und die die eigene Familie, die nicht polyglott und bestausgebildet ist, hinter sich lässt. In Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg wissen die Menschen – genau wie ihre polnischen Nachbarn – wie es sich anfühlt, wenn die jungen, klugen Leute abwandern und allenfalls am Wochenende vorbeischaun, aber das kommunale Leben nicht aktiv mitgestalten.

Demokratie – das sind wir alle?

Nach den Chemnitzer Ereignissen am 26. August 2018, an dem die sächsische Großstadt nach dem Mord an einem jungen Mann zu einem Symbol für öffentlichen Rechtsextremismus wurde, verbreitete sich der hashtag #wirsindmehr. Er gilt für Deutschland im Großen und Ganzen, aber für manche strukturschwachen Orte und Gegenden trifft er nicht zu – die Zivilgesellschaft, die sich in Großstädten wie Berlin mit engagierten Großdemos zu Wort meldet, ist dort zu schwach.

Aber: Vorhanden ist sie auch dort und das ist ein Erfolg politischer Bildungsarbeit, die bei politisch wachen Menschen ansetzte, die sich auf kommunaler Ebene engagieren wollten. Förderprogramme der 1990er und 2000er Jahre haben die Entwicklung und Vertiefung einer demokratischen Zivilgesellschaft gefördert, aber oft zu sporadisch und zu projektbezogen. Gerade dort, wo die Kräfte begrenzt sind, ist die Notwendigkeit der permanenten Beantragung von Fördermitteln für die politische Bildungsarbeit bei gleichzeitiger Arbeit mit den gerade bewilligten ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für eine starke und wirkungsvolle Zivilgesellschaft, die Vertrauen in demokratische Strukturen stärkt.

Im besten Fall ergänzen sich demokratische Institutionen vor Ort und eine lebendige Zivilgesellschaft mit Bür-



Dr. Ellen Ueberschär bei ihrem Vortrag während der AdB-Fachtagung „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierung des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“ Foto: AdB

gerinitiativen, Vereinen und Kirchgemeinden. Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen stellt sich über glaubwürdige, engagierte Personen her.

Zuallererst ist der Auftrag politischer Bildung, dem Gefühl entgegenzuwirken, dass sich Politik aus konkreten

Orten und alltäglichen Lebensräumen zurückgezogen hat, dass ganze Regionen „politisch verlassen“ sind. Genau in dieses Gefühl der Verlassenheit stoßen politische Anbieter, Krisengewinnler, die aus Angstdiskursen und xenophoben Narrativen politisches Kapital schlagen, die dem Satz „Demokratie – das sind wir alle“, die Legitimation entziehen wollen.

Aber wie kann politische Bildungsarbeit in dieser Situation wirksam sein? Eines steht fest: Politische Bildungsarbeit ist kein Erste-Hilfe-Kasten und kein Selbstzweck.

Wenn die Infrastrukturen der Teilhabe nicht funktionieren, die Schulen schlecht ausgestattet sind und das W-LAN nicht schnell genug funktioniert, die Polizei nicht oder zu spät erscheint, Steuern hinterzogen werden, wenn Kommunen Fahrverbote verhängen müssen, weil die Dinosaurier der Automobilindustrie nicht ausreichend zur Verantwortung gezogen werden, dann hilft politische Bildung leider nicht.

Politische Bildung ist auch nicht mit einer einzigen „nationalen Anstrengung“ erledigt, eher ähnelt sie dem Fahrradfahren: Politische Bildung muss ständig in die Pedale treten, sonst kippt das Vehikel, sprich die Gesellschaft, zur einen oder anderen Seite.

Drei Grundsätze sind wichtig

Politische Bildung gelingt nicht ohne *Wissen*. Wenn der sächsische Ministerpräsident im Jahr 2018 Gemeinschaftskunde an den Schulen verstärken will, dann ist das nach fast 30 Jahren freistaatlicher Regierungstätigkeit seiner politischen Partei eine wichtige Erkenntnis, aber zu spät und nicht ausreichend. Wissensvermittlung kennt viele kreative Formen und darin sind Vereine, Initiativen und Stiftungen gut. Gemeinsam mit den Landesstiftungen hat die *Heinrich-Böll-Stiftung* z. B. ein Planspiel entwickelt, das sich dem Konfliktpotenzial des *Zusammenlebens* widmet, so auch der Titel. Es ist für Berufsschüler*innen entwickelt worden und findet über Multiplikator*innen, u. a. aus dem Netzwerk „Demokratische Schule“ Verbreitung. Ein Spiel weckt Emotionen, die ein positives Lerngefühl verstärken und Vorurteile gegenüber Integration und ihren Herausforderungen abbauen helfen.

Politische Bildung braucht Werte und *Haltung*. Bisweilen wird das Überwältigungsverbot des *Beutelsbacher Konsenses* – der professionsethischen Grundlage politischer Bildungsarbeit – als Neutralitätsgebot ausgelegt. Das aber ist ein Missverständnis. Das Gegenteil ist richtig: Eine klare Haltung von Lehrenden und Trainer*innen in und außerhalb von Schulen ist die Voraussetzung für den →

individuellen Bildungserfolg. In einer freiheitlichen Gesellschaft werden Werte, also das, was im Zusammenleben gilt und was nicht gilt, ausgehandelt. Haltung entwickeln Menschen in der Begegnung und Auseinandersetzung mit anderen. Der strukturschwächste Raum in dieser Hinsicht sind die sozialen Medien, in denen keine persönliche Begegnung stattfindet. Politische Bildung allein kann das nicht beheben, aber ihre Akteure müssen in den digitalen Welten mitmischen – im Sinne einer „aufsuchenden Bildungsarbeit“.

Politische Bildungsprozesse brauchen Zeit, engagierte Bildner*innen und nicht nachlassende politische Aufmerksamkeit, die dauerhaft verlässliche Ressourcen bereitstellt.

Politische Bildung stärkt die *Urteilkraft* und befähigt zum Handeln. Urteilkraft bildet sich nur heraus, wenn Menschen nicht als unkritische Analphabeten durch das Internet und besonders die sozialen Medien irren, deren Algorithmen, das hat sich inzwischen herumgesprochen, eher dem Hass und der Hetze die oberen Plätze einräumen. Urteilsfähigkeit bildet sich heraus im Dialog auf Augenhöhe. Das ist in der Fläche des Landes eine Herausforderung, aber gerade in strukturschwachen Regionen brauchen Menschen ein *Empowerment*, das sie zu unabhängigen Urteilen befähigt.

Hier spielt das in der politischen Bildungsarbeit bisher unterbelichtete Thema Emotionen hinein: Emotionalität ist in der Bildungsdebatte verpönt, gleichwohl geht es nicht ohne sie: „Emotionen strukturieren Zugangswege und Ausgangspunkte der Welterschließung“, sagt die Bildungsforscherin *Anja Besand*. Für politische Bildung bedeutet das: Die Grunderzählung der Demokratie muss glaubwürdig und emotional ergreifend weitergegeben werden – Lust auf Demokratie, Lust auf Mitmachen und Lust auf Gestaltung der Zukunft zu erzeugen: mit digitalen und künstlerischen Mitteln – denken Sie jetzt an die Lust am Tauchen des Herrn *Dr. Kloebner*. Das macht politische Bildungsarbeit anziehend und attraktiv, wo ansonsten Krisennarrative verbreitet werden und zu politischer Destruktivität führen. Wichtig ist dabei auch, präzise und verständlich zu sprechen und den bisweilen eingeschliffenen „Jargon“ zu ver-

meiden. Der „öffentlichen Ohnmacht“, die Populisten und andere wenig konstruktive Kräfte der Bevölkerung einreden wollen, müssen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit entgegengesetzt werden – das beginnt im kleinen Engagement für die Berufsschulklasse und findet seine republikanischen Formen darin, selbst für Funktionen und Ämter zu kandidieren. Positive Emotionen stellen sich über glaubwürdige Brückenpersonen her, die Träger und Einrichtungen politischer Bildung mit den Zielgruppen verbinden – auch hier ist die gute Bezahlung und die gesellschaftliche Wertschätzung von politischen Bildner*innen ein nicht unwesentlicher Erfolgsfaktor und in strukturschwachen Räumen kommt ihm eine Schlüsselfunktion zu für die Bildung von Urteilkraft und Befähigung zum Handeln.

All das wirkt nicht sofort und nicht über Nacht und nicht jede politische Bildungsaktivität hat überhaupt Erfolg. Politische Bildungsprozesse brauchen Zeit, engagierte Bildner*innen und nicht nachlassende politische Aufmerksamkeit, die dauerhaft verlässliche Ressourcen bereitstellt. Nur dann kann eine Demokratie erhalten bleiben, die sich alle zu eigen machen und in der dann auch gelacht werden darf: Demokratie – das sind wir alle.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

Zur Autorin



Dr. Ellen Ueberschär ist seit Juli 2017 (gemeinsam mit Barbara Unmüßig) Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Dort ist sie verantwortlich für die Inlandsarbeit der Stiftung sowie für Außen- und Sicherheitspolitik, Europa und Nordamerika, für das Studienwerk, die „Grüne Akademie“ sowie das Archiv „Grünes Gedächtnis“. Von 2006 bis 2017 war sie Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

info@boell.de

Foto: Stephan Röhl